

An die Medien in Bielefeld

12.12.2016

Bei Rückfragen: Marcus Stichmann  
[stichmann@stiftung-solidaritaet.de](mailto:stichmann@stiftung-solidaritaet.de)  
T. 0521 - 2996 444

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht

Unser Zeichen

Datum

Bielefeld 09.12.2016

**Fördermittel werden zum Notgroschen der Jobcenter  
Der aktuelle Arbeitslosenreport NRW der Freien Wohlfahrtspflege NRW  
kritisiert den radikalen Rotstift bei den Eingliederungsleistungen für  
Hartz-IV-Beziehende durch die Bundesregierung in den letzten Jahren.  
Von dem Wenigen, was geblieben ist, kommt nicht alles direkt bei den  
Hilfebedürftigen an.  
Der landesweite Trend bildet sich auch in Bielefeld ab.**

**Bielefeld, 12.12.2016.** Leistungen zur Eingliederung in Arbeit sind Mittel, die zur Förderung der erwerbsfähigen Leistungsempfänger im SGB II (= Hartz-IV-Beziehende) mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen vorgesehen sind. Das Budget für diese Leistungen wurde durch die Bundesregierung in den letzten Jahren radikal zusammengestrichen.

Standen für die arbeitsmarktpolitische Förderung von Hartz-IV-Beziehenden 2010 noch 1,47 Mrd. Euro zur Verfügung, waren es 2013 nur noch 850 Millionen Euro. Von dieser Talfahrt hat sich der Eingliederungstitel trotz geringfügiger Budgeterhöhungen in 2014 und 2015 nie wieder erholt. Insgesamt sind in Folge dieser bundespolitischen Weichenstellung die Ausgaben für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit in NRW von 2010 bis 2015 um 35 Prozent zurückgefahren worden. In Bielefeld ist in diesem Zeitraum sogar ein Rückgang von 37 Prozent zu verzeichnen.

„Wenn wir verhindern wollen, dass erwerbsfähige Hartz-IV-Beziehende in Bielefeld dauerhaft von der Gesellschaft abgehängt werden, müssen die Mittel zur Eingliederung in Arbeit im SGB II wieder deutlich angehoben werden“ kritisiert Marcus Stichmann, der als Vorstand der Stiftung Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut die Daten des Arbeitslosenreports NRW für Bielefeld ausgewertet hat.

Zusätzlich verschärft wird die Unterfinanzierung von arbeitsmarktpolitischen Förderangeboten für Hartz-IV-Beziehende durch den Bund dadurch, dass von den bereits reduzierten Mitteln immer weniger für den eigentlich vorgesehenen Zweck eingesetzt werden. Die Jobcenter stopfen seit Jahren Löcher in ihrem Verwaltungsetat mit Geld, das ursprünglich für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit vorgesehen war. Auch ihr durch den Bund finanzierter Etat wurde in den vergangenen Jahren nicht an die Lohn- und Preisentwicklung angepasst.

**Anschrift**

Walther-Rathenau-Str. 62  
33602 Bielefeld  
Tel. (05 21) 2996 444

[www.stiftung-solidaritaet.de](http://www.stiftung-solidaritaet.de)

**Bankverbindung**

Sparkasse Bielefeld  
IBAN  
DE72 4805 0161 0000 0791 11  
BIC  
SPBIDE33XXX

**Vorstand**

Franz Schaible (Vors.)  
Prof. Dr. A. Beaugrand  
Marcus Stichmann  
Anna Bella Eschengerd

**Kuratorium**

Harry Domnik (Vors.)  
Annelie Buntenbach, Günter  
Garbrecht, Prof. Dr. Holger  
Hoffman, Manfred Hunger,  
Norbert Müller, Ingo Nürnberger,  
Heidi Schaible, Martina Tiltmann

**Mitgliedschaften**



2015 erreichte diese Umschichtung zwischen den Budgets in NRW einen erneuten Höchstwert: Mit rund 155 Millionen Euro verwendeten die Jobcenter 16 Prozent des Eingliederungsetats für andere Zwecke, z. B. ihre eigenen Personal- und Sachkosten. Von den 950 Millionen Euro, die für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit zur Verfügung standen, wurden 2015 tatsächlich nur 795 Millionen auch dafür genutzt.

Auch in Bielefeld werden Umschichtungen vorgenommen. Hier wurden 2015 sogar überdurchschnittliche 24% Prozent der Leistungen, die eigentlich für die Eingliederung in Arbeit vorgesehen sind, für Verwaltungszwecke zweckentfremdet. „Das ist ein Skandal“, so Marcus Stichmann. „Diese Praxis ist zwar legal, aber nicht legitim. Sie muss beendet werden. Wir fordern stattdessen für die Jobcenter eine eigenständige, transparente und faire Erhöhung der Verwaltungsbudgets anstatt der aktuell ausufernden Umschichtungspraxis.“

Bei der Entscheidung ob und wieviel Eingliederungsmittel die Jobcenter umschichten, gibt es regionale Spielräume, die offenbar sehr unterschiedlich genutzt werden. So gibt es in NRW neben Jobcentern, die wie Bielefeld mehr als ein Viertel ihrer Eingliederungsmittel in den Verwaltungsetat umschichten, mit Wuppertal immerhin auch ein Jobcenter, das 2015 sogar 1 Prozent des Verwaltungsetats in umgekehrter Richtung dem Eingliederungsetat zuführte. „Wie machen die das in Wuppertal und warum geht das bei uns in Bielefeld nicht?“, fragt die Stiftung Solidarität in einer Presseerklärung.

Im landesweiten Arbeitslosenreport wird die Tatsache der drastischen Reduzierung der Eingliederungsmittel in Verbindung mit der Entwicklung der Aktivierungsquote gesehen. Nur jeder zwölfte Hartz-IV-Beziehende (8,3 Prozent) im erwerbsfähigen Alter wurde lt. Aktivierungsquote der Bundesagentur für Arbeit im Durchschnitt des Jahres 2015 mit einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme gefördert. 2012 lag die Quote noch bei 8,5 Prozent, 2011 sogar bei 10,2 Prozent.

Auch in Bielefeld lag die Quote 2012 noch bei, im landesweiten Vergleich unterdurchschnittlichen, 7,6 Prozent, 2015 sank sie weiter auf nur noch 6,3 Prozent. Leuchtendes Beispiel dagegen ist auch hier Wuppertal. Hier konnte der Anteil auf fast gleich hohem Niveau (28,6 %) gehalten werden.

„Die Entwicklung in Bielefeld sehen wir nicht als Konsequenz sinkender Arbeitslosen- und Hilfeempfängerzahlen, sondern als Folge der Sparmaßnahmen in der Arbeitsmarktpolitik und der zunehmenden Umschichtung der Mittel für aktive Arbeitsmarktförderung in das Verwaltungsbudget des Jobcenters“, so Marcus Stichmann.

#### Hintergrund:

Die **Wohlfahrtsverbände in NRW** veröffentlichen mehrmals jährlich den **„Arbeitslosenreport NRW“**. Darin enthalten sind aktuelle Zahlen und Analysen für Nordrhein-Westfalen; Basis sind Daten der offiziellen Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Jede Ausgabe widmet sich einem Schwerpunktthema. Hinzu kommen Kennzahlen zu Unterbeschäftigung, Langzeitarbeitslosigkeit und SBGII-Hilfequoten, um längerfristige Entwicklungen sichtbar zu machen. Der Arbeitslosenreport NRW sowie übersichtliche Datenblätter mit regionalen Zahlen können im Internet unter <http://www.arbeitslosenreport-nrw.de/> heruntergeladen werden. Der Arbeitslosenreport NRW ist ein Kooperationsprojekt der Freien Wohlfahrtspflege NRW mit dem Institut für Sozialpolitik und Arbeitsmarktforschung (ISAM) der Hochschule Koblenz. Ziel der regelmäßigen Veröffentlichung ist es, den öffentlichen Fokus auf das Thema Arbeitslosigkeit als wesentliche Ursache von Armut und sozialer Ausgrenzung zu lenken, die offizielle Arbeitsmarkt-Berichterstattung kritisch zu hinterfragen und dabei insbesondere die Situation in Nordrhein-Westfalen zu beleuchten.

Die Bielefelder **„Stiftung Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut“**, Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband, wertet die Daten des Arbeitslosenreports für die lokale Ebene in **Bielefeld** aus.